

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Otto Lederer

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Joachim Hanisch

Abg. Ferdinand Mang

Abg. Klaus Adelt

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Josef Zellmeier

Abg. Johannes Becher

Abg. Angelika Schorer

Abg. Gisela Sengl

Abg. Manfred Ländner

Abg. Raimund Swoboda

Staatsminister Albert Füracker

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der CSU-Fraktion

"Starke Kommunen - starkes Bayern!"

Für die heutige Sitzung ist die CSU-Fraktion vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema beantragt. Sie kennen das Prozedere. Grundsätzlich beträgt die Redezeit fünf Minuten pro Rednerin oder Redner bzw. zehn Minuten für eine Rednerin oder einen Redner. Die fraktionslosen Kollegen können wie immer zwei Minuten reden.

Als erster Redner der Tagesordnung spricht Herr Kollege Otto Lederer für die CSU-Fraktion.

Otto Lederer (CSU): Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Gemeinde ist wichtiger als der Staat – das hat Bundespräsident Theodor Heuss einmal gesagt. Obwohl ich mit Herzblut Landtagsabgeordneter bin, muss ich ihm in diesem Punkt voll und ganz beipflichten. In den Gemeinden begegnen die Bürgerinnen und Bürger dem Gemeinwesen zuallererst. Dort erleben sie Demokratie, dort können sie mitgestalten. Das beginnt schon ganz früh im Kleinkindalter. Für Kindergärten und Kinderkrippen sind nämlich die Kommunen zuständig. Das geht mit der Schule vor Ort weiter sowie dem Ausbildungs- und Arbeitsplatz in der Region. Die kommunale Planungshoheit liegt selbstverständlich bei den Gemeinden, Märkten und Städten. Auch für das Thema Wohnraum sind die Kommunen mitverantwortlich. Das zieht sich durch das ganze Leben – Führerschein, Eheschließung, Dorfgemeinschaft oder Vereinswesen. Dies alles ist bei den Kommunen angesiedelt. Das zieht sich hin bis zur medizinischen Versorgung und zu allem, was der Mensch rundum in der Nahversorgung braucht.

Bund und Land können zwar die Rahmenbedingungen festlegen, aber den Raum zwischen den Leitplanken, die vom Gesetzgeber gesetzt werden, erfüllen die Kommunen, die Organisationen und die Menschen vor Ort mit Leben. Deshalb kommt den Kommu-

nen eine besondere Bedeutung zu. Tatsache ist: Die Grundlage für den Erfolg in Bayern legen insbesondere starke und eigenständige Kommunen, die ihre Verantwortung selbstbewusst wahrnehmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir von der CSU wollen starke Kommunen und setzen uns auch weiterhin für den Erhalt der kommunalen Selbstverwaltung ein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Entscheidungen, die in den Kommunen getroffen werden, sind nicht nur nah am Bürger, sondern entsprechen auch den Gegebenheiten vor Ort. Sie stärken die individuelle Entwicklung in den einzelnen Regionen. Dabei kommt dem Subsidiaritätsprinzip und dem Konnexitätsprinzip eine ganz besondere Bedeutung zu. Wir werden diesen beiden Prinzipien in Bayern ganz besonders gerecht, unter anderem mit dem kommunalen Finanzausgleich, der in diesem Jahr rund 10 Milliarden Euro beträgt und wiederum erhöht wurde, nämlich um über 400 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die CSU ist die Kommunalpartei schlechthin.

(Beifall bei der CSU)

Die CSU ist diejenige Partei, die die Interessen der Kommunen auf allen Ebenen vertritt, sowohl auf Landesebene als auch auf Bundesebene und europäischer Ebene.

(Horst Arnold (SPD): Sie vertritt die Interessen schlecht!)

Die CSU stellt im Vergleich zu allen anderen Gruppierungen die meisten Bürgermeister, Landräte, Kreis- oder Gemeinderäte in Bayern.

(Zurufe von der AfD: Noch!)

Rund 1.000 Rathauschefs von den 2.056 Gemeinden gehören der CSU an. Von den 71 Landkreisen werden 50 von Mitgliedern der CSU geleitet. Etwa 40 % der Kreisräte und der Stadträte in den kreisfreien Städten werden von Persönlichkeiten aus unserer Partei gestellt. Das heißt, Kommunalpolitik ist in Bayern nach wie vor von der CSU geprägt.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, das ist ein Grund für die Erfolgsgeschichte der bayerischen Kommunen. Dieser Erfolg lässt sich an einigen Beispielen aufzählen. Ich möchte an dieser Stelle nur zwei Punkte ins Feld führen. Punkt eins betrifft den Vergleich der Lebensumstände. Die Prognos AG hat hierzu eine Studie veröffentlicht, in der ganz klar zum Vorschein kommt, dass die bayerischen Kommunen in der Regel die vordersten Plätze einnehmen. Schauen wir uns einmal das Monetäre an. In diesem Jahr haben die Kommunen die 20-Milliarden-Euro-Marke bei den Steuereinnahmen geknackt. Sie haben im Vergleich zum vergangenen Jahr ein Plus von über 7 % zu verzeichnen. Wir von der CSU wollen auch in Zukunft kommunale Verantwortung übernehmen und diese weiter ausbauen. Deshalb werden wir uns auch wieder bei der Kommunalwahl 2020 als CSU, als erfolgreiche Partei für die Kommunen, etablieren. Es gibt fast 40.000 Mandatsträger in Bayern, und wir werden uns dafür einsetzen, dass wir wieder zahlreiche Mandate für uns sichern können.

(Beifall bei der CSU)

Wir brauchen Menschen, die sich mit Herzblut für ihre Kommune engagieren.

Ich habe überhaupt kein Verständnis, wenn kommunale Mandatsträger verbal angefeindet werden. Darüber besteht in diesem Hohen Haus sicherlich Einigkeit. Das darf nicht sein! Bedrohungen gegenüber Kommunalpolitikern oder gar die Situation, dass Kommunalpolitiker Gewalt ausgesetzt sind – solche Erscheinungen müssen wir unterbinden. Wir wollen, dürfen und werden das nicht weiter dulden!

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Die Sicherheit unserer Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker muss bestmöglich gewährleistet bleiben. Niemand soll Angst haben, wenn er oder sie sich – es geschieht meist ehrenamtlich – für seine Kommune engagiert. Ein Angriff auf eine Kommunalpolitikerin oder einen Kommunalpolitiker richtet sich nicht nur gegen den Menschen, sondern auch gegen unsere demokratische Grundordnung. Wir werden alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um die Kommunalpolitiker vor Anfeindungen und Übergriffen zu schützen. Die morgige Expertenanhörung wird dazu beitragen, hierfür die richtigen Ansätze zu finden und die richtigen Akzente zu setzen; denn wir wollen, dass Kommunalämter auch in Zukunft attraktiv bleiben.

Die Herausforderungen und Aufgaben in den Kommunen sind vielfältig. Als jemand, der seit über 20 Jahren kommunalpolitisch tätig ist – im Gemeinderat, als hauptamtlicher Bürgermeister und im Kreistag –, weiß ich, wovon ich spreche.

Ein großes Thema ist die Infrastruktur im digitalen Bereich. Ich verweise auf die Fortschritte beim Glasfaserausbau und auf den Mobilfunkpakt Bayern. Bayern ist übrigens das erste und einzige Land in der EU, das hierfür ein Förderprogramm hat. – Auch im Bereich der Verkehrsinfrastruktur kommt den Kommunen große Bedeutung zu, insbesondere beim Ausbau des ÖPNV. – Bei der Daseinsvorsorge – dazu gehören zum Beispiel Wasser und Abwasser – sind die Kommunen gefordert. – Auch in Sachen Bildung unterstützen wir als Freistaat und der Bund die Kommunen finanziell. Wir wollen eine möglichst wohnortnahe Schule für alle Schülerinnen und Schüler. Auch die Digitalisierung der Klassenzimmer wollen wir weiter voranbringen. – Bei dem Thema Gesundheitsvorsorge geht es um den Erhalt einer flächendeckenden Krankenhauslandschaft, um flächendeckende medizinische Versorgung, auch im hausärztlichen Bereich, sowie um deren Weiterentwicklung durch Vernetzung in den Gesundheitsregionen plus.

Bayern ist ein Wachstumsland. Die Menschen brauchen bezahlbaren Wohnraum. Auch hierbei unterstützt der Freistaat die Kommunen mit einem milliardenschweren Paket.

Auch die Wirtschaft vor Ort müssen wir stärken. Die Kommunen übernehmen wieder Verantwortung, wenn es darum geht, Ausbildungs- und Arbeitsplätze in allen Landesteilen, in allen Kommunen zu gewährleisten. Die Bemühungen fruchten. Wir brauchen uns nur die Arbeitslosenzahlen anzuschauen: Sie unterscheiden sich zwischen den Bezirken maximal um einen Prozentpunkt, liegen also überall im Freistaat dicht beieinander, und sind – natürlich – die niedrigsten in ganz Deutschland.

Die Rolle der Kommunen erstreckt sich auch auf den sozialen Lebensraum. Dazu gehören die Themen Kindertagesstätten, seniorengerechte Quartierskonzepte und Sicherheit; Letztere wird vor allem durch die Feuerwehren gewährleistet.

Meine Damen und Herren, Kommunalpolitik ist nicht reiner Selbstzweck, sondern Kommunalpolitik ist für die Menschen vor Ort da. Ich möchte noch einmal Bundespräsident Theodor Heuss zitieren. Er hat nämlich nicht nur gesagt: "Die Gemeinde ist wichtiger als der Staat [...]", sondern er hat diesen Satz weitergeführt: "[...] und das Wichtigste in der Gemeinde sind die Bürger." Das sehe ich, das sehen wir von der CSU genauso.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich auf der Tribüne ganz herzlich Abgeordnete des US-amerikanischen Repräsentantenhauses begrüßen. – A very warm welcome in the Bavarian Parliament, dear colleagues! It's nice to see you!

(Allgemeiner Beifall)

Ferner erlaube ich mir, einen Kollegen, der nach längerer krankheitsbedingter Abwesenheit wieder bei uns im Haus ist, zu begrüßen. Lieber Thomas Huber, herzlich willkommen im Parlament!

(Allgemeiner Beifall)

Als Nächstem erteile ich Herrn Kollegen Ludwig Hartmann für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns hier im Hohen Haus sicherlich einig, dass starke Kommunen das Fundament eines starken Landes sind. In den Kommunen wird der Grundstein dafür gelegt, wie gut das Zusammenleben in Bayern funktioniert. Wir wissen, dass in den Kommunen entschieden wird, wie das soziale Miteinander funktioniert. Auch das Thema "Mobilitätskonzepte der Zukunft" wird auf kommunaler Ebene diskutiert und muss vor Ort umgesetzt werden.

Demokratie und politische Entscheidungen erlebt man nirgendwo sonst so hautnah wie in unseren Kommunen. Die Kommunen bilden eine wichtige Ebene, die wir stärken wollen, um die Herausforderungen der Zukunft zu bestehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bevor ich auf die Punkte eingehe, die uns wichtig sind, möchte ich an etwas erinnern – ich bin überzeugt davon, dass die große Mehrheit hier im Haus sich dessen bewusst ist –: Unsere bayerischen Kommunen haben ihre Kraft eindrucksvoll bewiesen, als es in den Jahren 2015 und 2016 darum ging, die Herausforderungen zu bewältigen, die dadurch entstanden, dass Tausende Menschen bei uns Schutz suchten. Die Landräte, die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen und alle Kommunalpolitiker haben bewiesen, dass sie anpacken können. Dafür gebührt ihnen allen großer Dank und unsere Anerkennung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch ich bin viel in Bayern unterwegs. Ich habe Kommunalpolitiker von Garmisch bis Aschaffenburg kennengelernt. In dem Beitrag des Redners der CSU soeben konnte ich viel davon hören, wie es ist, aber wenig dazu, was kommen soll, was eigentlich anders gemacht werden muss.

Ich möchte drei Punkte konkret ansprechen: Wir GRÜNEN wollen unseren Städten und Dörfern mehr Freiräume geben. Wir wollen unsere Kommunen für die Bewältigung der Aufgaben von heute und von morgen finanziell besser ausstatten. Wir möchten unsere Dörfer und Städte zur Hauptschlagader der Daseinsvorsorge in Bayern machen.

Zum ersten Punkt: Mehr Freiräume für die Kommunen! Es sind oft wirklich Kleinigkeiten, die engagierte Kommunalpolitiker zur Verzweiflung bringen können. Wir sind das letzte Bundesland, das seinen Kommunen vorschreibt, wie hoch Parkgebühren sein dürfen. Lasst es doch die Kommunen vor Ort entscheiden! Lasst dort die Konzepte zur Gestaltung der Parkgebühren entwickeln! Dafür braucht es doch keine Höchstgrenze, die den Kommunen vom Land diktiert wird. Auf diesem Gebiet möchten wir den Kommunen deutlich mehr Freiheiten geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weitere Themen werden auch vom Gemeindetag immer wieder angesprochen. Dazu gehört die Innenentwicklung. Auch in diesem Bereich brauchen die Kommunen Instrumente, um besser lenkend eingreifen zu können. Jeder kennt doch von einer Bürgermeisterin oder einem Bürgermeister die Geschichte, dass sie oder er eine freie Fläche gern entwickeln möchte, dabei aber nicht weiterkommt, weil sie oder er an das Grundstück nicht herankommt. Dafür brauchen die Kommunen Instrumente. Eine Kommune schafft doch kein Baurecht, damit jemand mit dem Grundstück spekulieren kann. Sie schafft Baurecht, damit dort zum Beispiel eine junge Familie ein neues Zuhause findet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen die Kommunen finanziell für die Herausforderungen von morgen rüsten. Wir stehen vor der Herausforderung, ein Mobilitätskonzept für das gesamte Land zu entwickeln, das wirklich vom Menschen her und nicht vom Auto her gedacht ist. Die Kommunen sind dafür die entscheidende Ebene; denn dort beginnt der Weg der Menschen. Die Kommunen brauchen Instrumente und Unterstützung, damit sie gut vorangehen können; denn wir wollen wirklich in Bayern eines Tages eine Mobilitätsgarantie haben, die ein Angebot von fünf Uhr in der Früh bis Mitternacht umfasst, und zwar in ganz Bayern, ganz egal, wo man lebt.

Das ist auch eine soziale Frage. Viele Menschen haben kein Auto zur Verfügung: Jüngere, oft auch Ältere, die vielleicht nicht mehr fahren können oder wollen. Wir brauchen ein Angebot, auf das sich die Menschen im ganzen Land verlassen können. Da sind die Kommunen der Partner. Das Land muss aber die Unterstützung für die Kommunen deutlich aufstocken und gewährleisten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist vollkommen richtig, dass die kommunale Ebene eine ganz entscheidende Ebene ist. Dort merken die Menschen, ob Daseinsvorsorge funktioniert oder nicht. Dann lässt uns doch die Kommunen wirklich zur Hauptschlagader der kommunalen Daseinsvorsorge machen. Wir brauchen aber auch Möglichkeiten, das umsetzen zu können. Da spielt Wohnen genauso eine Rolle wie der Laden im Ort, ein gutes ÖPNV-Angebot, ein ganz klares Konzept und nicht nur eine reine Wirtshausförderung.

Die Wirtshäuser zu fördern ist nicht ganz verkehrt, aber sich darauf zu beschränken, ist ein Fehler. Wir brauchen doch Mittelpunkte in Ortschaften, wo Leben zustande kommt, wo man sich treffen kann, wo ältere Menschen an einem Vormittag in der Woche eine Bankberatung finden, wo einmal in der Woche auch der Landarzt sein kann. Da müssen wir ganze Gebäude in Ortskernen schaffen, damit der Zusammenhalt gut funktioniert und die Daseinsvorsorge ihren Namen auch wirklich verdient.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Schluss ganz kurz zu den drei Punkten, die ich aufgerufen habe: den Städten und Dörfern mehr Freiräume geben, die Kommunen finanziell besser ausstatten und die Daseinsvorsorge wirklich in den Mittelpunkt der Kommunalpolitik rücken. Dafür müssen wir die Segel in der Landespolitik, was die Kommunen betrifft, durchaus anders setzen. Wir dürfen die Kommunen nicht nur als starkes Fundament begreifen; wir müssen ihnen die Instrumente in die Hand geben, damit sie diese Aufgabe auch zum Wohl unseres Landes meistern und anpacken können.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, Sie müssten zum Ende kommen.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Danke. – Der nächste Redner ist der Kollege Joachim Hanisch für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Starke Kommunen – starkes Bayern!" – diese Aussage gefällt uns FREIEN WÄHLERN relativ gut, weil wir uns ständig mit den Kommunen beschäftigen und weil wir bei allen Themen hinterfragen, ob sie für die Kommunen Vor- oder Nachteile bringen, und dementsprechend auch entscheiden.

Meine Damen und Herren, vor 100 Jahren war Bayern ein relativ armes Land. Noch 1986 waren wir beim Länderfinanzausgleich ein Empfängerland. Heute sind wir ein Geberland. Das zeigt, dass Bayern ein starkes Land ist. Das zeigt aber auch, dass die Basis Bayerns, dass die kommunale Ebene stark ist. Meine Damen und Herren, dafür müssen wir sorgen und danach müssen wir auch die Gesetze ausrichten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist auch im internationalen Vergleich, nicht nur im Vergleich innerhalb Deutschlands, ein starkes Land. Aber ein starkes Land

braucht auch starke Kommunen, und ein starkes Land muss es sich leisten können, für gleichwertige Lebensverhältnisse in diesem Land zu kämpfen und diese auch sicherzustellen. Meine Damen und Herren, wir haben starke Kommunen. Aber nicht jede Kommune ist stark; dafür gibt es noch einiges zu tun und zu erledigen.

Zu den Sätzen, die ich vorhin gehört habe, kann man bei Wikipedia nachschauen: Die Kommune ist die Keimzelle der Demokratie; das werden Sie dort finden. Der Staat baut sich – auch das ist kein Geheimnis – von unten nach oben auf. Allein das zeigt schon: Wenn eine starke Basis vorhanden ist, kann sich ein starker Staat entwickeln; und wenn die Basis nicht stimmt, wird sich auch der Staat schwer tun, stark zu werden. Insofern lohnt es sich, für die kommunale Ebene, für die Basis der Demokratie, zu kämpfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Starke Gemeinden gibt es nicht umsonst. Dafür müssen vor Ort die Bürgermeister mit ihren Räten arbeiten, und dafür müssen wir in diesem Landtag sorgen. Wenn wir FREIEN WÄHLER mit unserem Motto, das wir auch in die Koalition mit eingebracht haben, versuchen, bürgernah zu bleiben, mit der Zeit zu gehen und die Zukunft nachhaltig zu gestalten, dann passt das, glaube ich, auch ganz entscheidend zum heutigen Thema.

Herr Kollege Lederer, Sie haben vorhin die Kommunalwahl 2020 erwähnt. Das war ein bisschen eine Parteiveranstaltung. Wir haben am 15. März die Kommunalwahlen, aber grundsätzlich glaube ich, dass wir uns hier nicht streiten müssen, wer der beste Verfechter der Kommunen ist; sonst zitiere ich Sie mal bei nächster Gelegenheit, wenn ich glaube, dass die CSU die Interessen der Kommunen nicht ganz so ernst nimmt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU: Oh!)

Da könnte ich Ihnen jetzt ein paar Beispiele sagen. Aber ich glaube, wir kämpfen für die gleiche Richtung. Das ist entscheidend. Wir müssen hier nicht – –

(Unruhe)

Wir müssen hier nicht – –

(Anhaltende Unruhe)

Beruhigen Sie sich jetzt wieder ein bisschen! Wir müssen hier nicht abzählen, wer wie viele Bürgermeister, Kreisräte oder Gemeinderäte stellt und wer ein paar mehr hat als der andere.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Streitet euch nur!)

Meine Damen und Herren, das Ziel der FREIEN WÄHLER ist es, die Themen der Bürgerinnen und Bürger im Freistaat beim Namen zu nennen.

Unsere Ergebnisse für ein bürgernahes und starkes Bayern und für starke Kommunen können sich bereits nach einem Jahr in der Regierungskoalition sehen lassen. Ich zähle ein paar wenige auf: die kostenfreie Kinderbetreuung, die Einstellung von 5.000 neuen Lehrern in fünf Jahren und von jährlich 500 Polizisten, ebenso die Sicherung der wohnortnahen Gesundheitsversorgung in der Fläche des Freistaats, insbesondere mit Blick auf die Hebammen und auf unsere Krankenhausstruktur, auf die Geburtseinrichtungen vor Ort. Diese wichtigen Themen haben wir teilweise in Angriff genommen, teilweise bereits umgesetzt. Wir leisten hohe Kompensationszahlungen an Bayerns Kommunen für die wegfallenden Straßenausbaubeiträge. Die Förderung kommunaler Schwimmbäder hatten wir in der Vergangenheit in der Form nicht. Die Sportstättenförderung wurde deutlich erhöht. Nicht zu vergessen sind die Stärkung des ländlichen Raums für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen Bayerns sowie der Bürokratieabbau in den verschiedensten Bereichen, auch in der Wirtschaft.

Meine Damen und Herren, erst vor Kurzem wurde die Reform der Bestattungsverordnung in die Wege geleitet. Auch sie dehnt die Entscheidungsfreiheiten der Kommunen deutlich aus.

Bayern wird bürgernäher. Wir haben dafür die Schwerpunkte gesetzt. Wir FREIEN WÄHLER haben unsere Wurzeln in den Kommunen. Sie werden hier keinen unter uns finden, der nicht in einem Gemeinderat, Stadtrat oder Kreistag war, bevor er in diesen Landtag gekommen ist. Deshalb sind wir stolz auf die Ergebnisse der Kommunen, und deshalb richten wir unsere Politik auch für die Kommunen aus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Kommunen sind ein ganz besonderer Ort der Demokratie. Hier werden Demokratie und Bürgerbeteiligung in ihren wahren Grundwerten gelebt.

Aktuell wollen wir die Jugendbeteiligung stärken, aber nur nicht das, wir wollen auch das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre senken. Wir sind der Auffassung, dass die kommunale Ebene dafür prädestiniert ist wie keine andere Ebene. Sagen wir nicht immer, dass die jungen Leute nicht reif genug sind! Die Fridays-for-Future-Bewegung zeigt uns, dass die jungen Leute durchaus engagiert, bereit und interessiert an der Arbeit der Politik sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Schulschwänzer!)

Wenn ich mir anschau, was wir in diesem Jahr für Tourismus, für Sportförderung, für die Vereinsförderung generell getan haben, für den Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge, für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, für eine stabile, nachhaltige finanzielle Ausstattung der kommunalen Ebene, für mehr Mittel für Kommunen für die gewaltigen Aufgaben der Integration, für die Schulen, für die Krankenhäuser, für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse, für die Stärkung des ländlichen Raums, für die Erhaltung der kommunalen Schwimmbäder, für staatliche Zuschüsse für die Sanierung von Wasser- und Abwasserkanälen, so muss ich feststellen: Meine Damen und Herren, wir haben diese Baumaßnahmen mit Mitteln des Staates finanziert. Wir haben sie gefördert. Ich meine, wir müssen den Kommunen, die nicht in der Lage sind, diese Maßnahmen ohne große Einbußen an Lebensqualität durchzuführen,

mehr Geld geben, als wir es jetzt tun. Wir sind auf einem guten Weg. Wir haben den Einstieg geschafft. Wir haben noch vier Jahre Zeit, um hier etwas draufzusatteln.

Wir müssen das kommunale Ehrenamt fördern; denn ohne das Ehrenamt werden nicht nur die Kommunen, sondern auch der Staat und die gesamte Gesellschaft um einiges ärmer.

Meine Damen und Herren, auch der öffentliche Personennahverkehr ist ein Punkt, der hier angesprochen werden muss. Er verlangt den Kommunen viel ab.

Bayerns Kommunen geht es gut. Bayerische Kommunen sind stark. Sie waren selten so stark, wie sie es heute sind. Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass wir bei der Grundsteuer für Bayern eine praxisbezogene Regelung wählen werden. Wir haben die Möglichkeit, den Kommunen Gestaltungsspielräume zu geben. Ich halte es für gut, den Kommunen die Möglichkeit der Einführung einer Grundsteuer C zu gestatten. Die Kommunen können dann in ihrer Verantwortung entscheiden, ob sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen oder nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, kommunale Selbstverwaltung bedeutet Entscheidungen vor Ort, bedeutet Entscheidungen, die den Bürger unmittelbar betreffen und die er nachvollziehen kann. Deshalb müssen diese Entscheidungen sorgfältig abgewogen werden. Hier spielt auch der Klimaschutz eine gewaltige Rolle. Wir ändern derzeit die Bayerische Bauordnung bezüglich der Verdichtung und der Abstandsflächen. Hier brauchen die Kommunen mehr Entwicklungsmöglichkeiten, um diese Regelungen in der Praxis umzusetzen.

Ich habe es bereits erwähnt: Die Kommunen sind stark. Das gilt aber nicht für alle Kommunen. Wir müssen darauf achten, tatsächlich gleiche Lebensverhältnisse zu schaffen. Wir haben bei den Steuereinnahmen Rekordwerte. Im letzten Jahr konnten die Kommunen zum ersten Mal mehr als 20 Milliarden Euro Steuereinnahmen ver-

zeichnen. Beim Einkommensvergleich der bayerischen Städte, Märkte und Gemeinden ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr ein Mehr von 7,1 %.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, Sie müssen zum Ende kommen.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Ich bin kurz davor. – Auch die Finanzausgleichsleistungen des Freistaats sind in gewaltigem Ausmaß auf 10 Milliarden Euro gestiegen. Ein starkes Land braucht starke Kommunen. Starke Kommunen brauchen eine starke Unterstützung dieses Landtags.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht Herr Kollege Ferdinand Mang von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! Wie zu erwarten war, hat die Regierungspartei CSU die Aktuelle Stunde hauptsächlich dazu genutzt, sich selbst zu beweihräuchern und sich ausgiebig im Eigenlob zu wälzen. Mit dem Titel "Starke Kommunen – starkes Bayern!" wähnt sich die bröckelnde Hausmacht auf sicherem Terrain, gibt vor, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken, und präsentiert mit stolzer Brust den kommunalen Finanzausgleich. Sehen wir uns einmal die Praxis an. Nehmen wir als Paradebeispiel meine Heimatgemeinde Allersberg. Die Kassen sind leer, das Freibad ist marode.

(Thomas Kreuzer (CSU): Sind Sie im Gemeinderat?)

Das Freibad ist so marode, dass es in Teilen nicht mehr genutzt werden kann. Besonders bitter: Diesen Sommer hat das Landratsamt die Benutzung des Sprungturms verboten. Das Freibad ist die einzige wesentliche Einrichtung in meiner Heimatgemeinde,

wo gerade Kinder, die aus einkommensschwachen Haushalten stammen, im Sommer ihre Erholung genießen und Spaß haben können.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sind Sie schon im Gemeinderat, weil gar nichts mehr klappt?)

Besonders der Sprungturm ist eine Attraktion und *das* Erlebnis gerade für unsere Kleinen. Doch Allersberg ist pleite. Finanzielle Hilfe ist vom Staat bisher nicht zu erwarten. Wie kann es sein, dass es in den Siebzigerjahren möglich war, ein Freibad mit Olympiastandard zu errichten, aber jetzt das Geld nicht einmal mehr für die Erhaltung reicht? Allersberg ist dabei kein Einzelfall.

(Tobias Reiß (CSU): Dann fassen Sie dazu einen Beschluss im Gemeinderat!)

Über die Hälfte aller Freibäder in Bayern ist sanierungsbedürftig, jedes zehnte Freibad ist von der Schließung bedroht. Gerade in unserem ach so starken Bayern fehlt es also an Geld für die sozial Schwachen, deren Lebensqualität vom kommunalen Angebot abhängt.

Wie versucht mein Heimatort, sich aus dieser Klemme zu befreien? – Der Plan besteht darin, durch die Ausweisung großer Gewerbegebiete Geld in die klamme Kasse zu spülen. Doch die Zeiten sind vorbei, in denen sich Gewerbe mit gut bezahlten Arbeitsplätzen um solche Angebote gestritten haben. Dank der Globalisierung und der Zerstörung des bayerischen Mittelstands schlagen internationale Raubtierkapitalisten und Ausbeuterbetriebe zu, zum Beispiel Logistikkonzerne mit amazonenhaften Namen. Beim Flächenfraß entstehen Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor. Nun kann man einwenden: Wenn die CSU mit den domestizierten unfreien Wählern ihre grüne Wende vollendet hat, kann man froh sein, seine Haut überhaupt zu einem Sklaventreiber schleppen zu dürfen. Solche Zustände zeugen aber weiß Gott nicht von einem starken Bayern, sondern sind ein Armutszeugnis. Die Starken werden stärker und die Schwachen schwächer. Dafür steht der ökosozialistische Kurs der CSU.

An dieser Stelle zeigen sich die Grenzen der kommunalen Selbstverwaltung; denn die Regierung von Mittelfranken wird Allersberg wahrscheinlich die Ausweisung dieser Flächen erst gar nicht erlauben. Damit bleiben das Freibad marode, der Sprungturm geschlossen und Allersberg pleite.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Sind Sie im Gemeinderat?)

Die Bürokratisierung tut ihr Übriges. Kommunen und Unternehmer sind wahrlich in ein Korsett von Vorschriften eingeschnürt. Den ortsansässigen Unternehmer erwartet ein nicht endendes Martyrium durch Vorschriften. Er darf sich vom Staat wie eine Zitrone auspressen lassen; denn hier ist der Staat stark. Da bleibt kein Tropfen ungeschöpft. Freilich, Großkonzerne mit ihren riesigen Rechtsabteilungen meistern diese Hürden mit links und prägen heute das Ortsbild aller Gemeinden mit Supermarktketten, Handelsriesen und Shoppingmalls mit jeweils identischen Verkaufsläden. Diese konnten sich behaupten, während der regionale Einzelhändler an den billig produzierten Massenimporten aus der ausgebeuteten Dritten Welt schon längst erstickt ist. Eine starke Leistung! Da werden Ihnen die Lobbyisten in den Aufsichtsratssitzungen wohl ordentlich auf die Schulter geklopft haben.

Nein, wir wollen die Identität unserer Gemeinden bewahren. Wir möchten regionale Baustile schützen und wiederbeleben. Wir wollen den Dorfladen, den regionalen Einzelhändler und den Produzenten vor Ort fördern, der ohne tagelange Tiertransporte auskommt. Das zeichnet eine eigenständige und starke Gemeinde aus.

(Beifall bei der AfD)

Erfolgreiche Selbstverwaltung ist auch durch Selbstdisziplin gekennzeichnet. Die Korruptionsprozesse gegen die Oberbürgermeister von Regensburg und Ingolstadt belegen unsere Forderung: Der berühmt-berüchtigte Filz von Politik, Verwaltung und Wirtschaft muss endlich zerschlagen werden.

(Beifall bei der AfD)

Zur Selbstdisziplin gehört es auch, eigene Aufgaben selbst zu erfüllen und sie nicht zu privatisieren. Ein Beispiel: Die Trinkwasserversorgung gehört in kommunale Hand und darf nicht an undurchsichtige Finanzkonglomerate verschachert werden, die mit allen Mitteln Profit herausziehen wollen. An diesem Beispiel zeigt sich eindeutig, wie dringend notwendig der Einzug der AfD in die kommunalen Parlamente geworden ist.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren Kollegen, damit beginnen wir im kommenden März. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Klaus Adelt.

(Zuruf von der CSU: Jetzt kommt ein Feuerwerk!)

Klaus Adelt (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Hier braucht es kein Feuerwerk. Dazu sage ich nichts; denn das ist nicht der Rede wert, schon gar nicht bei fünf Minuten Redezeit.

Die Gemeinden sind der Ort, wo die Menschen ihre Umwelt und ihre Umgebung gestalten. Die Gemeinden sind die Schulen der Demokratie. Dort wird gut gearbeitet. Was ist der Unterschied zu der sozialdemokratischen Kommunalpolitik? – Wo Sozialdemokraten regieren oder regiert haben, müssen keine Stadtwerke privatisiert werden. Sie sind noch in der Hand der Kommunen. In diesen Kommunen wird im Rahmen der Möglichkeiten sozialer Wohnungsbau betrieben. In diesen Kommunen wird ökologische Umweltpolitik pragmatisch und effizient umgesetzt, ohne ein riesiges Lifestyle-Bohei.

Mit dieser heutigen Aktuellen Stunde war zu rechnen, auch mit den Hosiannarufen. Aber, liebe Leute, die Wahlen sind erst am 15. März. Bis dahin haben das viele Wähler vielleicht schon wieder vergessen.

Vieles von dem, was sich die CSU heute auf die Fahnen geschrieben hat, gäbe es nicht, wenn wir nicht immer den Finger in die Wunde gelegt hätten. Es war die SPD, die einen Entschuldungsfonds für unsere Kommunen gefordert hat, und das lange, bevor die Stabilisierungshilfen eingeführt wurden. Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass der Herr Ministerpräsident, als er noch Finanzminister war, im Jahr 2014 gesagt hat: Reden Sie die Kommunen nicht schlecht; ihnen geht es besser, als sie tun. – Nichts war's. Die haben das Geld dringend gebraucht.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Wer hat denn die Stabilisierungshilfen eingeführt?)

Jahrelang wurde mit der Städtebauförderung Geld über die Gemeinden Bayerns verteilt. Die Förderoffensive Nordostbayern, die es dringend gebraucht hat, kam relativ spät, und das Programm zur Sanierung kommunaler Schwimmbäder haben wir gebetsmühlenartig beschworen und haben bis aufs Blut dafür gekämpft. Heute werden diese Dinge als eigene politische Erfolge verkauft. – So geht christsoziale Kommunalpolitik.

Wir sind eine starke Bank in den Kommunen. Vorhin wurde schon aufgezählt, wer wie viele Bürgermeister stellt. Hier steht einer, der 36 Jahre in der Kommunalpolitik war.

(Hans Herold (CSU): Ich auch!)

Hier fließt kommunales Blut und wird auch fließen. Das geht bis hin zum kommunalen Friedhof. Das sage ich klipp und klar.

(Hans Herold (CSU): Das gilt für uns auch!)

Es gibt 240 sozialdemokratische Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, knapp 800 Kreisräte, 4.300 Kommunal- und Gemeinderäte. Die großen Städte München, Nürnberg, Aschaffenburg und Passau werden von Sozialdemokraten regiert, aber auch kleine Dörfer im Frankenwald. So hat etwa Reichenbach eine sozialdemokrati-

sche Bürgermeisterin. Dort ist das Korrektiv. Die Zeit drängt; deshalb sage ich, was besser werden muss.

Erstens. Die Verbundquote muss nach wie vor erhöht werden, damit wir nicht zu Bittstellern werden.

Zweitens. Wir brauchen dauerhaft den Anteil am Kuchen, den wir verdienen, auch in schlechteren Zeiten.

Drittens. Das Förderprogramm für kommunale Bäder muss ausgeweitet werden. Das Geld wird für sechs Jahre nicht ausreichen.

Viertens. Gleiches gilt für den geforderten Ausgleich der Straßenausbaubeiträge und nicht zu vergessen für die RZWas. Das Rumgezicke mit dem Geld! Gebt dem Söder doch – – Vorhin hat er noch dort gesessen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ministerpräsident, bitte!)

– Gebt Herrn Ministerpräsidenten Söder und Herrn Staatsminister Glauber mehr Geld, damit die Wasser- und Abwasserkanäle in schwachen Gemeinden besser finanziert werden können!

(Hans Herold (CSU): Das wurde doch gemacht!)

Es geht nicht an, dass man in Brudersdorf für die Sanierung 50.000 Euro bezahlen muss und in Ballungsräumen nichts.

Die Kommunen stehen unter Druck. Der Wohnraum ist knapp, der Verkehrsinfrastruktur droht der Kollaps, es gibt soziale Schieflagen, die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum wird ausgedünnt. ÖPNV, Einwohnerzahl – Riesenherausforderungen, und das alles bei sukzessiv steigenden Sozialausgaben, Strukturwandel in den Städten und niedergehendem Einzelhandel.

Sie geben den Kommunen zu wenig Geld. Davon betroffen sind die Gemeinden in der Haushaltskonsolidierung, weil sie mit ihrem Eigenanteil immer ein Problem haben. Sie tun so, als würden Sie Geschenke verteilen, aber das ist das Geld, das draußen erwirtschaftet wird und das man zurückgeben sollte.

(Beifall bei der SPD)

Sie veranstalten Zuwendungsbescheid-Audienzen – "danke schön, Herr Minister!" – für die Bescheide über das Geld, das den Kommunen zusteht.

Ich will zum Schluss kommen, die Uhr drängt mich. Wir fordern: Stellt die Förderpolitik auf den Kopf, teilt die Macht mit den Kommunen – mehr Kommunalpolitik und weniger Zentralstaat – und vertraut den Kommunalpolitikern; denn sie sind nahbar, sie sind greifbar, und oft werden sie angegriffen, verbal und psychisch. Ich schließe mich den Vorrednern an. Mit Verlaub, Angriffe gegen Kommunalpolitiker sind eine Schweinerei und haben bei uns nichts zu suchen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN sowie des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, jetzt müssten Sie zum Schluss kommen.

Klaus Adelt (SPD): Das gilt parteiübergreifend. Ich bin mir sicher, überall Mitstreiter zu finden,

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, nein – –

Klaus Adelt (SPD): um den Kommunalpolitikern den Rücken zu stärken, ihnen Respekt zu zollen, dafür zu sorgen, dass sie das sein können, was sie in Wirklichkeit sind: Demokratiehelden, ohne die nichts geht. Hier möchte ich – –

Präsidentin Ilse Aigner: Nein, Herr Kollege. Jetzt haben Sie die Redezeit um eine Minute überschritten.

Klaus Adelt (SPD): Was, das war schon so lange?

(Allgemeine Heiterkeit)

Liebe Leute, wie die Zeit vergeht! Abschließender Satz: Danke an die Bürgermeister, danke an die Kommunalpolitiker, danke an die kommunalen Bediensteten. Sie machen einen guten Job. Das sollen sie auch in Zukunft tun können. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Aber nur wegen der Wertschätzung für die Kommunalpolitik habe ich das jetzt noch zugelassen, Herr Kollege Adelt.

Klaus Adelt (SPD): Ich wusste nicht, dass rot schon "drüber" bedeutet!

(Heiterkeit bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht für die FDP-Fraktion Herr Kollege Alexander Muthmann.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Recht ist von meinen Vorrednern mehrfach darauf hingewiesen worden, dass, wie es auch in Artikel 1 der Gemeindeordnung steht, die Gemeinden die Grundlage des Staates und des demokratischen Lebens bilden. Das steht nicht nur einfach drin, sondern das ist im Kern eine ganz wichtige Aussage, an die meine Vorredner diverse Konsequenzen geknüpft haben. Sie haben noch einmal die Bedeutung der Kommunen und der Arbeit der Kommunalpolitik für das Gemeinwesen insgesamt beleuchtet, daraus herleitend Freiräume für die Kommunen eingefordert und auch das Prinzip der Subsidiarität noch einmal in Erinnerung gebracht und es bezüglich der Ausgestaltung unseres Gemeinwesens insgesamt und bezüglich der Bedeutung der Kommunen, bezüglich der Wirkung dessen, was in den Gemeinden geschieht, in besonderer Weise unterstrichen.

Wenn das alles wahr ist, dann müssen wir anlässlich eines solchen Themas, wie wir es heute zu besprechen haben, ein Stück weit Bilanz ziehen, uns fragen, wo wir heute stehen, und fragen: Welche Folgerungen ziehen wir daraus? – Die Antwort darauf lautet, dass sich die Gemeinden einer Vielzahl zusätzlicher Erwartungen ausgesetzt sehen, die vielfach durch bundes- oder auch landespolitische Entscheidungen ausgelöst wurden. Wenn das so ist, dann müssen die Kommunen auch in die Lage versetzt werden, alle diese Leistungen organisatorisch und finanziell zu stemmen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben dieser Tage aus dem Finanzministerium die Entscheidungen zu den Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen zur Kenntnis bekommen. Insgesamt erhielten nach dieser Entscheidung aus dem Finanzministerium 148 Kommunen in Bayern solche Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen, die ja auch ein Indikator dafür sind, dass die Gemeinden aus eigener Kraft nicht in der Lage sind, alle anstehenden Aufgaben zu erfüllen.

In Oberbayern waren es 2 Kommunen, in Oberfranken 58. Auch das macht sehr deutlich, dass die Leistungsfähigkeit in den Regionen, bei den Kommunen höchst unterschiedlich verteilt ist.

Aber welche Antworten gibt es denn darauf? – Aus dem Kreis der Koalitionäre habe ich die Forderung nach einer Erhöhung des Steueranteils auf 15 % leider nicht mehr vernommen, aber ich glaube, das wäre die richtige Antwort, um auch noch einmal strukturell an eine Leistungssteigerung für die Kommunen zu denken.

(Beifall bei der FDP)

Gleichzeitig wäre an dieser Stelle darüber nachzudenken, in diesem Kontext auch die Vielzahl der Förderprogramme zum Teil zu beseitigen, weil damit im Gesamtkonzept die Gestaltungsfreiheit und die Entscheidungsfreiheit der Kommunen ausgeweitet würden. Auch über ein Regionalbudget könnte man dabei gut und gerne noch einmal dis-

kutieren, um Gestaltungsfreiräume in allen Gemeinden zu ermöglichen. Aber was wir derzeit erleben, bedeutet in gewissem Maße, am Tropf des Finanzministeriums zu hängen. Ende November werden alle Kommunen, die Stabilisierungshilfen oder Bedarfszuweisungen bekommen, die entsprechenden Subventionsbescheide entgegennehmen, aber davon sollten die Kommunen eben wegkommen.

Ein weiterer Punkt: Die Begehrlichkeiten dürfen – dabei müssen wir uns alle ein Stück weit in die Pflicht nehmen – nicht ins Unbezahlbare gesteigert werden.

In diesem Zusammenhang darf ich Uwe Brandl zitieren, der erst am 16. Oktober beim Bayerischen Gemeindetag gesagt hat, es könne nicht angehen, sich bei den Bürgern mit Geschenken, die man andere bezahlen lasse, anzubiedern.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der SPD)

Um die Erwartungen der Kommunen entsprechend zu stärken, nur noch ein paar Stichworte zu dem, was aktuell und konkret ansteht: Der Kita-Ausbau, eine verlässliche Finanzierung und das entsprechende Fachpersonal müssen irgendwie organisiert werden. Bei der Digitalisierung der Schullandschaft geht es nur um Pauschalen; hier ist auch unklar, was der Staat im Hinblick auf die Wiederbeschaffungszyklen beiträgt. Auch ist die digitale Infrastruktur landesweit nur den Kommunen überlassen.

Zuletzt darf ich mit einem Appell zur allgemeinen Stimmungslage enden. Morgen gibt es eine Anhörung im Innenausschuss zum Umgang mit Kommunalpolitikern. Es ist ganz wichtig, allen Kommunalpolitikern, die sich diesen Aufgaben stellen, die gebotene Wertschätzung entgegenzubringen. Es ist ganz wichtig, dass wir uns alle für mehr Freiheit, Demokratie und Selbstverwaltung vor allem in den Gemeinden starkmachen.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die CSU-Fraktion spricht jetzt der Kollege Josef Zellmeier.

Josef Zellmeier (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem Freistaat Bayern geht es gut, und den bayerischen Kommunen geht es noch besser.

(Zurufe von der SPD: Oje!)

Das ist natürlich eine Leistung aller Menschen vor Ort, der fleißigen Bürger, der Steuerzahler und der ehrenamtlich und hauptamtlich politisch Verantwortlichen in den Kommunen. Ich sage aber ganz klar, dass das auch eine Folge der Rahmenbedingungen ist, die der Freistaat für die Kommunen setzt. Die Rahmenbedingungen sind ganz entscheidend.

Der liebe Kollege Adelt hat, was ja richtig ist, den Verantwortlichen gedankt. Wenn Sie aber, lieber Kollege, sagen, das werde alles nur vor Ort gemacht und der Staat spiele keine Rolle, dann stellen Sie den Kommunalpolitikern Ihrer Partei in den anderen Ländern ein schlechtes Zeugnis aus. Warum geht es den Kommunen denn dort so schlecht? – Sind die Menschen vor Ort schuld oder die SPD-geführte Regierung des jeweiligen Landes?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe der Abgeordneten Horst Arnold (SPD) und Klaus Adelt (SPD))

Die Frage muss man sich stellen.

Wir arbeiten mit unseren Kommunen, mit Gemeinden, Städten, Landkreisen und Bezirken Hand in Hand. Wir schaffen die bestmöglichen Bedingungen für die Menschen in unserem Land, und das nicht erst seit gestern.

Der Kollege Hanisch hat erwähnt, dass wir seit über dreißig Jahren nicht mehr vom Finanzausgleich der Länder profitieren und dass wir der größte Einzahler sind. Das alles ist in Zeiten der absoluten Mehrheit der CSU geschaffen worden. Wir sind die Einzigen, die vom Empfänger zum Geber, sogar zum größten Geber geworden sind. Das wirkt sich natürlich auch auf die Lage der Kommunen aus.

Geordnete Finanzen sind nämlich die Grundvoraussetzung dafür, dass eine Kommune erfolgreich sein kann. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Ihnen sagen, dass der Freistaat Bayern jeden vierten Euro aus seinem Haushalt an die Kommunen gibt. Das sind fast 17 Milliarden Euro im Jahr 2019. Rund 60 % fließen über den kommunalen Finanzausgleich: Das sind knapp 10 Milliarden Euro für Schlüsselzuweisungen, Bedarfszuweisungen, Hochbau, Krankenhausfinanzierung, Straßenbau und ÖPNV.

Darüber hinaus investieren wir 7 Milliarden Euro außerhalb des Finanzausgleichs. Ich nenne den Bereich des ÖPNV. Seit 2017 haben wir dort die Zuweisungen fast verdoppelt.

Ich nenne die Breitbandförderung. Kein anderes Land unterstützt die Breitbandförderung mit rund einer Milliarde Euro. Ich nenne den "Höfebonus". Wir fördern den Breitbandausbau bis zu jedem einzelnen Hof. Auch das zeigt, dass wir Stadt und Land gleich behandeln und überall beste Voraussetzungen wollen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Hans Herold (CSU): Bravo! – Horst Arnold (SPD): Funktioniert aber nicht! Das wissen Sie auch! Das ist wie Theorie und Praxis!)

Ich nenne die Kinderbetreuung. Wir geben im Doppelhaushalt fast 5 Milliarden Euro für die Kinderbetreuung aus.

(Johannes Becher (GRÜNE): Gebührenzuschüsse!)

Das betrifft sowohl die laufenden Betriebskosten als auch die Investitionsförderung. Wir haben über lange Zeit die nicht ausreichenden Mittel des Bundes auf 85 % aufgestockt. Auch das ist vorbildlich. Wer macht das in Deutschland sonst noch für die Kommunen?

(Hans Herold (CSU): Niemand!)

Die RZWas ist schon genannt worden. Wo gibt es das, dass Wasser- und Abwasser-versorgung jahrzehntelang gefördert werden und jetzt noch in die Härtefälle eingestiegen wird? – Herr Kollege Adelt, man kann natürlich alles schlechtreden. Wir wollen aber vor allem denen helfen, die Probleme haben, und nicht den anderen.

Die Freibäder sind genannt worden, die auch nirgendwo anders so gefördert werden. Gleiches gilt für die Erhöhung des Strabs-Ausgleiches, den wir in der Koalition gemeinsam geschaffen haben.

Nächste Woche findet wieder ein Spitzengespräch zum kommunalen Finanzausgleich statt. Wir werden die 10 Milliarden Euro überschreiten. Die Zuwächse werden, den Steuereinnahmen geschuldet, zwar nicht mehr so groß sein wie in der Vergangenheit, werden aber weiter steigen. Außerdem überlassen wir die erhöhte Gewerbesteuerumlage in Höhe von etwa 800 Millionen Euro komplett den Kommunen. Auch das machen andere Länder so nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir gehören bei den Steuereinnahmen für die Kommunen zu den Spitzenreitern. Wir investieren von allen deutschen Ländern am meisten: 1.444 Euro pro Einwohner in 2017 und 2018. Der Anstieg der Steuereinnahmen unserer Kommunen ist doppelt so hoch wie der Anstieg der Steuereinnahmen beim Freistaat Bayern. Auch das zeigt unsere Kommunalfreundlichkeit.

Die kommunale Verschuldung ist in Bayern am niedrigsten. Bei der Verschuldung liegen insbesondere langjährig von der SPD und den GRÜNEN regierte Länder an der Spitze.

Unsere Kommunalfreundlichkeit zeigt sich auch an den Finanzierungsüberschüssen. Allein 2018 gab es bei den Kommunen 1,5 Milliarden Euro Überschuss. Auch ist, wie gesagt, die Investitionsquote in Bayern am höchsten, aber auch die freiwilligen Aufgaben werden bestens erfüllt.

Dieser Vergleich zeigt, dass wir an der Spitze liegen und dass Kommunen und Freistaat Hand in Hand gehen. Auch das ist der Politik der CSU und der Staatsregierung geschuldet.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein starkes und erfolgreiches Bayern braucht natürlich starke Kommunen. Beides hängt, wie ich gerade ausgeführt habe, eng zusammen. Rot-grün bzw. rot-rot-grün regierte Länder mögen für manche sexy sein. Für die große Mehrheit unserer Menschen und Bürger sind finanzielle, wirtschaftliche, soziale und innere Sicherheit sowie eine gute Infrastruktur entscheidend und wesentlich wichtiger als der Charme der Armut.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Josef Zellmeier (CSU): Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CSU-Landtagsfraktion wird dafür sorgen, dass das auch künftig so bleibt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt der Kollege Johannes Becher.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach diesem Vortrag der Selbstbeweihräucherung darf ich hier ein etwas anderes Bild zeichnen.

Zunächst einmal ist die kommunale Selbstverwaltung eines der Grundprinzipien unseres demokratischen Gemeinwesens; sie ist in Artikel 28 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes sowie in den Artikeln 10 und 11 der Bayerischen Verfassung verankert. In Artikel 11 Absatz 2 der Bayerischen Verfassung steht: "Die Gemeinden sind ursprüngliche Gebietskörperschaften des öffentlichen Rechts."

Bayern fußt somit auf Kommunen. Von mir aus fußt auch ein starkes Bayern auf starken Kommunen, wie es im pathetischen Titel dieser Aktuellen Stunde der CSU heißt. Ich muss aber schon sagen, dass man sich vom Pathos allein vor Ort nichts kaufen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stattdessen lauten die konkreten Fragen der Praxis doch, wie man die Pflichtaufgaben vor Ort lösen und Spielräume für freiwillige Leistungen schaffen kann. Dafür bräuchte es eine Staatsregierung, die eine echt kommunalfreundliche Politik macht. Die Definition von kommunalfreundlicher Politik von uns GRÜNEN unterscheidet sich ganz deutlich von derjenigen der Koalition von CSU und FREIEN WÄHLERN.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Deswegen werden wir vor Ort gewählt und ihr nicht!)

– Herr Dr. Mehring, eine kommunalfreundliche Politik bestünde zum Beispiel darin, dass der Freistaat Bayern staatliche Aufgaben selbst in die Hand nimmt und nicht auf die Kommunen abwälzt. Es kann doch nicht Aufgabe der Kommunen sein, Mobilfunkstandorte zu bauen, die Jugendsozialarbeit überwiegend selber zu finanzieren und bei der Digitalisierung in den Schulen plötzlich allein für das Personal zur Wartung all dieser schönen neuen Geräte zu sorgen. Das ist doch nicht Aufgabe der Kommunen!

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Erst nach dem Staat schreien und dann die Bürokratie kritisieren! Immer dieselbe Leier!)

Kollege Zellmeier hat gerade betont, wie gut die Kommunen in Bayern finanziell ausgestattet sind. Man muss in diesem Kontext dann aber auch einmal die zusätzlichen Aufgaben der Kommunen sehen. Die Aufgaben und damit die Ausgaben steigen doch ganz erheblich. Unsere Kommunen stehen vor riesigen Herausforderungen und müssen doch wirklich nicht dankbar für Almosen vom Freistaat sein.

Andersherum wird ein Schuh daraus: Der Freistaat Bayern muss sich bei den Kommunen bedanken,

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Und wenn wir das tun, wird uns Pathos vorgeworfen!)

dass sie die ständig steigenden Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort so hervorragend erfüllen. So schaut es doch aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

– Sie dürfen sich gleich noch mehr aufregen. Das ist überhaupt kein Problem. Denn ein Baustein gerade Ihrer Politik, der Politik der FREIEN WÄHLER, ist das sogenannte freie Ermessen: das freie Ermessen der einzelnen Kommune, ob sie die Erschließungsbeiträge noch erhebt oder nicht,

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Subsidiaritätsprinzip! Steht in der Verfassung!)

ob sie die nicht abgerechnete Straße noch fertigstellt oder nicht, ob sie die Erschließungsbeiträge gar ganz erlässt oder mindert.

(Zuruf des Staatssekretärs Roland Weigert (FREIE WÄHLER))

Ich sage Ihnen bloß eines: Die Kehrseite des freien Ermessens ist der Schwarze Peter, den man an die Kommunen weiterreicht.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Die Kehrseite ist ein grüner Verbotsstaat! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Sie haben es bei der Abschaffung der Strabs vermurkst und schieben jetzt die Verantwortung den Gemeinderäten zu.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring
(FREIE WÄHLER))

Ist das eine kommunalfreundliche Politik? – Ich glaube nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Übrigens erleben wir jetzt vor Ort Fälle, in denen Anlieger, die sich bislang massiv gegen den Ausbau ihrer Straße gewehrt haben, weil sie ihn hätten mitbezahlen müssen, jetzt unbedingt den Ausbau fordern, weil ihn die Kommune bezahlen muss. Und schon wieder haben wir eine zusätzliche Belastung für die Kommunen.

Das nächste Thema, welches derzeit fast alle Kommunen beschäftigt, ist der Fachkräftemangel im Erziehungsbereich. Hier brennt es doch ganz offensichtlich. Wir GRÜNE wollen den Beruf und die Arbeitsbedingungen attraktiver machen. Es braucht eine vergütete Ausbildung, es braucht eine echte Entlastung der Leitungen, und es braucht Investitionen in bessere Rahmenbedingungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Und was machen Sie? – Sie verschärfen die Probleme mit Ihren Gebührensuschüssen. Ist das kommunalfreundliche Politik? – Ich sage: Nein.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Wir schaffen gleichwertige Zugänge zu frühkindlicher Bildung!)

Kommunalfreundlich ist Politik aus meiner Sicht dann, wenn die starken Kommunen auch entsprechende Gestaltungsspielräume haben.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ermessensspielräume!)

Das betrifft zum einen die finanzielle Ausgestaltung. Es ist nicht in allen Kommunen in Bayern gleich einfach und gleich rosarot; der Kollege Hanisch hat es richtig angesprochen. Gestaltungsspielräume betreffen aber auch die Rechte im Bereich der Innenentwicklung. Wir wollen den Grundsatz "Innen vor Außen" voranbringen und den Flächenverbrauch in Bayern auf ein flächenverträgliches Maß eindämmen. Ja, dafür

braucht es eine Begrenzung; aber die Kommunen brauchen auch wirksame Instrumente und Werkzeuge wie eine Grundsteuer C und Weiteres, damit sie endlich handeln können. Es kann doch nicht sein, dass baureife Grundstücke im Innenbereich aus Spekulationsgründen jahrelang leergelassen werden oder die zerstrittene Erbengemeinschaft über zwanzig Jahre das Haus im Ortszentrum verfallen lassen kann. Der Grundsatz "Eigentum verpflichtet" muss das Leitmotiv sein.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Unsere Kommunen brauchen einen Staat, der seine Aufgaben wahrnimmt. Sie brauchen einen Staat, der die Verantwortung wahrnimmt und der die Kommunen ernsthaft unterstützt. Hier hat die Staatsregierung erheblichen Nachholbedarf und stellt die Weichen aus meiner Sicht falsch. Wir GRÜNE werden uns im Landtag auch weiterhin mit durchgerechneten Haushaltsanträgen und mit vielen kommunalfreundlichen Initiativen für die Kommunen engagieren; denn für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sage ich ganz klar: Bayern braucht starke Kommunen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Rednerin ist Angelika Schorer für die CSU-Fraktion.

Angelika Schorer (CSU): Als ich die Reden gehört habe, habe ich gedacht: Wir sind alle der gleichen Meinung, dass wir starke Kommunen brauchen. Wir als CSU haben hier in den letzten Jahren deutliche Zeichen gesetzt. Wir nehmen die kommunale Selbstverantwortung der Kommunen sehr ernst, und wir wissen, dass Fachleute und Kenner der Heimat vor Ort in den Kommunen sind. Deswegen haben wir nicht nur heute dieses Thema auf der Tagesordnung, sondern wir haben es über viele Jahre hinweg diskutiert. Wir interessieren uns stark für einen Austausch mit den Kommunen, für eine Verstärkung der Mittel und vor allem dafür, dass das Geld in die Kommunen gut investiert ist.

Ich möchte den Blick heute auf die Themen Wohnen, Dorfentwicklung und Stadtentwicklung lenken. Es zeigt sich sehr deutlich, dass wir mit den Programmen, der Entwicklung und der Hilfestellung nicht erst heute anfangen, sondern dass wir das schon vor vielen Jahren begonnen haben.

Ich nehme das Thema Städtebauförderung: Seit dem Jahr 2015 haben wir jedes Jahr die Zahlen nicht nur im zweistelligen Millionenbereich erhöht, sondern die Mittel auch weitergereicht. Vor allem haben wir den Kommunen mit besonderen städtebaulichen Maßnahmen, mit denen wir auch auf der Bundesebene führend waren, Instrumente an die Hand gegeben. Wir haben das Thema nicht nur heute auf der Tagesordnung. Bereits 2017 haben wir die Themen im Zusammenhang mit dem Wohnungspakt zentral in den Blick genommen und mit Geld unterfüttert. Das war auch beim aktuellen Wohnungsgipfel im September 2019 der Fall.

Die kommunale Wohnraumförderung ist ein deutliches Beispiel dafür, dass wir im Doppelhaushalt rein bayerische Landesmittel in die Hand nehmen. Hier bekommen die Kommunen selbst Instrumente, um Wohnungen und die Innenentwicklung zu gestalten: 150 Millionen im Doppelhaushalt. Die Mittel werden bis 2025 verstetigt. Das zeigt deutlich, dass wir das ernst nehmen, was uns die kommunalen Vertreter sagen. Das Geld nehmen sie auch.

Ich nenne auch die Studentenwohnraumförderung, die mit eigenen Landesmitteln unterstützt wird. Denken wir an den Gesamtbetrag für Wohnraumförderung von 880 Millionen Euro. Das ist eine wesentliche Hilfe.

Aber ich möchte heute den Blick nicht nur darauf richten, sondern auch auf gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land. Dazu gehört natürlich auch das Thema Dorferneuerung. Heute wurde einiges über die einfache Dorferneuerung und dann natürlich die Dorfentwicklung insgesamt für die Kommunen, die weniger als 2.000 Einwohner haben, gesagt. Die Programme sind für jeden Bereich maßgeschneidert. Wir haben gerade gehört, es gebe keine Dorfläden. Wir haben seit Jahren dieses Pro-

gramm. Wir haben das Programm "Dorfgemeinschaftshäuser" mit einfachen Förderbedingungen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört!)

Natürlich gibt es auch die regionalen Vermarktungen. Ich wollte das heute auch erwähnen.

Wenn man die Frage in den Blick nimmt, wo diese Mittel denn hinfließen, bemerken wir: 40 % der bayerischen Kommunen erhalten dieses Geld. Da muss man schon sagen: Wir sind darauf bedacht, dass die Kommunen wirklich gute Mittel nicht nur haben, sondern dass es den Kommunen auch gutgeht, weil wir dann auch wissen, dass es uns Politikern im Bayerischen Landtag gutgeht.

Führen wir uns die Zahlen vor Augen: 83 % der Mittel fließen in den Bereich der Städtebauförderung, in den ländlichen Raum. Ich habe mir auf einem Zettel notiert, wie viele Programme gefördert werden: "Soziale Stadt", "Soziale Integration im Quartier", "Stadtumbau", "Ortsteilzentren", "Denkmalschutz", "Stadtgrün" usw. Das sind maßgeschneiderte Konzepte, die in Stadt und Land greifen und sie voranbringen. Daran wollen wir nicht nur festhalten, sondern wir dürfen auch nicht aufhören und müssen weiterentwickeln.

Ich möchte heute den Blick auch noch auf ein aktuelles Thema richten: Das ist das Thema "Novellierung der Bayerischen Bauordnung". Daran arbeiten wir schon länger. 2017 haben wir bestimmte Punkte vereinfacht. Wir haben im Bund, in der Koalition, darauf hingewirkt, dass es hier Vereinfachungen für die Kommunen gibt. Wir wollen mit der Novellierung der Bayerischen Bauordnung Weichen stellen. Es soll einfacher – denn das Geld kann man nur einmal ausgeben –, schneller und nachhaltiger werden und mit mehr Flächeneinsparung verbunden sein.

Mehr Flächeneinsparung haben Sie heute auch erwähnt – ich schaue zu Herrn Becher. Ja, "Innen vor Außen" ist nicht erst unser heutiges Thema, sondern das Thema haben wir schon sehr lange im Blick.

Wir haben den Kommunen hierfür Instrumente bei der Städtebauförderung und der Dorferneuerung an die Hand gegeben, sodass wir mit mehr Flächeneinsparung Innenentwicklung voranbringen. Das ist gut gelungen. Aber ich teile Ihre Meinung, dass wir dabei nicht am Ende sind, sondern dass wir dabei ständig weitermachen müssen und ständig daran arbeiten müssen. Ich glaube, alle Parteien hier sind der Meinung, dass es hier vorangehen muss.

Durch die Novellierung der Bayerischen Bauordnung kann ein Dachgeschoss in der Zukunft noch einfacher ausgebaut werden, damit weniger Fläche verbraucht wird.

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin.

Angelika Schorer (CSU): Jetzt sehe ich, dass die Zeit schon ziemlich weit fortgeschritten ist. – Es gibt noch weitere Punkte in der Bayerischen Bauordnung; wir werden sie noch dieses Jahr auf den Weg bringen, sodass man hier beginnen kann und man Vereinfachungen für die Kommunen findet. Aber ich denke, wir tun nicht nur sehr viel, sondern wir werden auch in der Zukunft die Kommunen im Blick haben, damit sie Hand in Hand mit uns gehen. Das wird auch in der Zukunft mit der CSU-Fraktion gelingen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Hans Herold (CSU): Bravo!)

Präsidentin Ilse Aigner: Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Kollegin Gisela Sengl.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war eine wunderbare Selbstbeweihräucherung, was ich gerade gehört habe. Selbstkritik ist leider ein Wort, das anscheinend in eurem Wortschatz fehlt.

(Manfred Ländner (CSU): Bei euch! – Hans Herold (CSU): Das waren alles Fakten, Tatsachen!)

Aber egal. – Egal, ob auf dem Land oder in der Stadt: Die Menschen müssen und wollen sich mit dem Ort identifizieren, in dem sie leben. Das nennt man Heimat.

(Hans Herold (CSU): Genau! – Tobias Reiß (CSU): Haben das die GRÜNEN auch schon gehört?)

Jeder Mensch möchte sich gerne dort wohlfühlen und dort gehört und beachtet werden, wo er lebt und wohnt. Wenn das eine Kommune leisten kann, ist sie eine starke Kommune.

Aber wo sind denn eigentlich die identitätsstiftenden Orte und Plätze? – Gerade bei uns auf dem Land schaut es da ziemlich bitter aus. Anscheinend sollen wir uns mit Maisfeldern, mit grausigen Logistikhallen und mit Discounterketten identifizieren.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Nicht schon wieder! – Hans Herold (CSU): Immer die Heimat schlechtreden!)

Denn in vielen Orten gibt es ja gar nichts anderes mehr.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Falsches Bild!)

Zum Landesentwicklungsprogramm: Wer hat es denn möglich gemacht, dass Discounter auf der grünen Wiese gebaut werden dürfen? – Das wart ihr! Dann habt ihr gemerkt: Ach, der Ortskern stirbt aus; leider haben wir keinen Dorfladen mehr. Dann macht man schnell ein Dorferneuerungsprogramm.

(Zuruf von der CSU: Wo lebt ihr denn?)

Das alles ist keine stringente Politik, sondern eine Politik, die hinterherläuft und überhaupt keine eigene Überzeugung hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In vielen Orten gibt es überhaupt nichts anderes mehr als Discounter, Logistikhallen und Maisfelder. Der Geist des Ortes, das Besondere, ist verschwunden. Das Wirtshaus hat zugemacht. Das stimmt, oder?

(Manfred Ländner (CSU): Warum hat denn das Wirtshaus zugemacht?)

Ihr habt jetzt ein tolles Programm aufgelegt, mit dem hundert Wirtshäuser unterstützt werden sollen, weil es anscheinend nur noch wenige gibt. Also habe ich recht. Wirtshäuser haben zugemacht. Bäckereien haben zugemacht. Metzgereien stehen leer und in den Schaufenstern hängt vielleicht noch eine Werbung irgendeiner Versicherung. In ehemaligen Ställen stehen Segelboote. Postfilialen gibt es sowieso nicht mehr. Briefkästen werden abgehängt. Bei uns ist es ein Riesenaufreger, dass die Post alles abbaut. Raiffeisenbanken und Sparkassen ziehen sich aus Kostengründen aus der Fläche zurück. Schulen werden geschlossen. In der Kirche sitzen überwiegend ältere und alte Menschen, und in den kommunalen Gremien sitzen überwiegend ältere Männer.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das stimmt nicht!)

Wie laufen denn in solchen Kommunen Bürgerversammlungen ab? – Auf den Bürgerversammlungen, die ich kenne, werden einschläfernde Folien gezeigt, und die Bürgermeister halten anschließend stundenlang Monologe.

(Hans Herold (CSU): Bei uns ist es ganz anders!)

Das ist sozusagen der Status quo. Wenn wir den verändern wollen, dann haben wir einiges zu tun.

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erstens. Wir brauchen mehr Frauen in den Kommunalparlamenten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Gremien sollten sich auch einmal bemühen, die Gesellschaft abzubilden. Die Hälfte der Gesellschaft sind nun einmal Frauen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Darf der Wähler auch mitentscheiden, oder ordnet ihr das jetzt so an?)

Hier haben die Regierungsparteien einiges nachzuholen, zum Beispiel bei den Aufstellungsversammlungen der Kommunen, die jetzt überall stattfinden. Die GRÜNEN schaffen es, in der kleinsten Gemeinde paritätisch besetzte Listen aufzustellen. Ich weiß nicht, ob ihr wisst, was Parität ist.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Es bedeutet, dass genauso viele Frauen wie Männer aufgestellt werden. Die CSU und die FREIEN WÄHLER sind scheinbar eine reine Männerpartei.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Wer wird in den Kommunen mehr gewählt?)

Aber vielleicht haben Frauen auch keine Lust, sich an einer so rückwärtsgewandten Klientelpolitik zu beteiligen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens. Kommunen sollten Räume für Kreativität und Ideen anbieten, generationenübergreifende Treffpunkte. Sie sollten Plätze für Diskussionen im echten Leben und nicht nur im Internet schaffen und nicht das ganze Geld der Kommune Ingenieurbüros geben. Die Menschen vor Ort haben vielleicht auch gute Ideen. Bürgerversammlungen könnten das bieten; denn diese Versammlungen sind eigentlich das Herzstück einer Kommune. Hier sollten Austausch, Mitarbeit und eine offene Diskussion ermöglicht werden.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das schreibt doch das Kommunalrecht vor!)

Eine Kommune ist dann stark, wenn sich auch die Menschen stark fühlen, die in dieser Kommune leben. Ein wichtiger Auftrag für uns als Politiker und Politikerinnen ist: unser Zusammenleben in Respekt und Ehrlichkeit stärken. Dann können wir eines Tages vielleicht wirklich sagen: Starke Kommunen, starkes Bayern!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Frühjahr 2020 wird es meiner Meinung nach enorm rumpeln, weil die meisten Menschen diese rückwärtsgewandte Politik satt haben. Sie wollen eine einfallsreiche und zukunftsgerichtete Politik. Sie wollen eine zuversichtliche Politik, die Mut macht und von Kompetenz getragen wird. Sie wollen keine Politik, bei der alte Männer bequem auf ihren Stühlen sitzen.

(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die CSU-Fraktion erteile ich dem Kollegen Manfred Ländner das Wort.

Manfred Ländner (CSU): Frau Sengl, ich hoffe, ich darf reden, auch wenn ich schon ein älterer Mann bin.

(Beifall und Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Immerhin wurde ich im Landkreis Würzburg direkt gewählt. Das Thema der Aktuellen Stunde ist für die Opposition durchaus leicht provokant: Starkes Bayern, starke Kommunen! Zuerst wurde ein bisschen dahingeplätschert, aber als ich gehört habe, Herr Becher und Frau Sengl würden sprechen, wusste ich, dass es jetzt losgeht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was Sie hier erzählen, liebe Frau Sengl, muss man schon einmal hinterfragen.

(Hans Herold (CSU): Genau!)

Sie haben die Landwirtschaft und die kleinen Höfe angesprochen. Wer macht denn die Landwirtschaft in Bayern kaputt?

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Johannes Becher (GRÜNE): Wer ist denn in unserer Regierung?)

Wer hat denn den ganzen Tag Kontrollitis? Wer ist denn dafür, dass unsere Landwirte mit immer mehr Vorschriften überzogen werden?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Die GRÜNEN!)

Wer ist denn dafür, dass die Düngemittelverordnung und die Regelungen hinsichtlich der Grünstreifen die Arbeit unserer Bauern unmöglich machen?

(Holger Dremel (CSU): Die GRÜNEN!)

Das sind Tatsachen. Wer misstraut denn den Landwirten am meisten? Wer fordert denn die Verstärkung der Kontrollen? – Das sind doch nicht wir von der CSU.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Zigtausend Betriebe sind gestorben! Wer war es denn?)

Herr Becher, Sie haben das Wort Selbstbeweihräucherung genannt. Wir wissen seit vielen Jahren: Wenn die CSU zahlenmäßig vorgibt, was getan wird, dann machen Sie Selbstbeweihräucherung. Das steht Ihnen als Opposition zu. Aber alle Zahlen, die heute genannt wurden, stimmen. Sie fordern Gestaltungsspielräume. Gestaltungsspielräume sind sehr gut. Aber die Gestaltungsspielräume, die Ihnen gefallen, sind nur die, die Ihrer Ideologie entsprechen, bis hin zur Enteignung.

(Hans Herold (CSU): Genau so ist es!)

Für Sie zählt nur die Wahrheit, die Sie sich selbst basteln. Das haut doch nicht hin.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Johannes Becher (GRÜNE):
Von außen!)

– Hoppla! Entweder lasse ich den Kommunen Gestaltungsspielräume oder nicht. Aber wenn ich Gestaltungsspielräume schaffen will und gleichzeitig den Kommunen zig Vorschriften mache, dann sind das keine Gestaltungsspielräume, sondern das ist Gängelung.

Wenn ich gefragt werde, warum Bayern stark ist, dann kommen viele richtige Antworten. Einige sind heute bereits genannt worden. Bayern ist aber auch deshalb stark, weil wir in den Kommunen kompetente Persönlichkeiten haben, die die Geschicke der Orte lenken.

(Johannes Becher (GRÜNE): Das stimmt!)

Es gibt auch Kommunen, in denen es nicht so ganz passt. Da geht vielleicht einmal etwas schief, da wartet man vielleicht auf eine neue Wahl. Das kann ja alles sein. Ich möchte auf das genannte Beispiel nicht eingehen, weil ich den Fall nicht kenne.

Lieber Klaus Adelt, nicht vergessen: Wir haben dieses Thema der Aktuellen Stunde nicht wegen der Kommunalwahl gewählt.

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Johannes Becher (GRÜNE): Ach so!)

Passt mal auf, damit ihr seht, um was es wirklich geht. In der momentanen Situation müssen wir Frauen und Männer dafür gewinnen, sich auf unsere Listen setzen zu lassen. Tun wir doch nicht so, als würden so viele Schlange stehen, die kandidieren wollten. Deshalb müssen wir den Kandidatinnen und Kandidaten, den potenziellen Interessenten, sagen: Freunde, wir brauchen die Besten in der Kommune. Wir brauchen euch Local Leaders. Wir brauchen euch, die Verantwortung übernehmen wollen. Macht bitte mit. – Darum gibt es starke Kommunen. Darum fordern wir, dass Kommunen gestaltungsstark werden. Kommunen müssen auch gestaltungsstark bleiben. Es geht nicht darum, Hosianna zu singen. Wir müssen den Kandidaten sagen: Wenn ihr

euch am 15. März auf einer Liste zur Verfügung stellt, haben wir danach ein Angebot für euch. Ihr könnt dann in eurer Heimat gestaltend mitwirken. Darum gibt es auch die morgige Anhörung. Es gibt auch Probleme wie Gewalt, Belästigung und Mobbing von Kommunalpolitikern. Wir wollen als Parlament mithelfen, dass es draußen besser wird. Es sollen die Besten aus unseren Dörfern in den kommunalen Parlamenten sein.

Ich möchte jetzt einen Blick in die Zukunft richten. Die Zukunft heißt nicht nur Geld. Sicherlich widerspricht man sich auch gerne. Einerseits fordert man mehr Programme und andererseits hat man zu viele Programme. Auch fordert man, mehr pauschal zu gewähren. Sehr geehrte Damen und Herren, Wertschätzung für unsere Kommunalpolitik heißt, Freiräume zu gewähren, Vertrauen zu haben und vielleicht zu überprüfen, ob der kommunale Finanzausgleich noch stimmt. Vielleicht müssen wir auch die Kommunen an sich betrachten. Das wird vielleicht nicht gerne gehört. Beispielsweise war ich Bürgermeister einer Gemeinde mit fast 5.000 Einwohnern, einer Einheitsgemeinde mit 4.500. Es gab einen Kirchturm, einen Sportverein und eine Feuerwehr.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr, Kollege, die Redezeit.

(Klaus Adelt (SPD): Jetzt wird es interessant!)

Manfred Ländner (CSU): Letzter Satz: Es gibt aber auch Kommunen mit 1.000 Einwohnern, drei Ortsteilen, drei Feuerwehren und drei Kirchtürmen. Dafür ist ein Kanalnetz über mehrere Straßenkilometer notwendig. Auch daran müssen wir denken. Diese müssen wir im kommunalen Finanzausgleich auch berücksichtigen.

Es lohnt sich, die besten Persönlichkeiten Bayerns zu gewinnen. Es lohnt sich, nach der Kommunalwahl ohne Schaum vor dem Mund über die Zukunft der Kommunen nachzudenken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Gäste auf der Tribüne! Die Kommunen – das ist dort, wo die Volksmusik spielt, wo Heimat, Kultur und Bürgerschaft spürbar sind, wo Grundbedürfnisse wie Wohnen, Schlafen, Essen und Trinken noch in einer lebenswerten Form erfüllt werden, also dort, wo es schön ist. So soll es bleiben.

Der Herr Lederer von der CSU hat selbstbewusst das Hohelied über die letzten 70 Jahre CSU in den Kommunen gesungen. Das Lob ist durchaus nicht unberechtigt, möchte ich ausdrücklich betonen. Aber ich singe lieber das Hohelied auf die vielen Bürgermeister, über 2.000, deren Gemeinderäte und deren Mitarbeiter in den Kommunen, die das möglich gemacht haben, was heute ist. Das ist nicht alles schlecht, wie es heute manchmal dargestellt wird.

Aber wenn man mit den Verantwortlichen vor Ort spricht, kommt doch sehr viel zutage, wo es hapert. Die Kommunen werden künftig sehr viel mehr Geld brauchen, als es heute angekündigt worden ist und als sie durch den Finanzausgleich bekommen haben. Sie brauchen nämlich Geld für die Erneuerung ihrer Abwassersysteme, ihrer Wassersysteme, also ihrer Infrastrukturen, die auch ungefähr siebzig Jahre alt und vielleicht noch älter sind. Das kostet sehr viel Geld.

Heute wurde von der Dorferneuerung gesprochen. Ja, die Dorferneuerung ist dringend erforderlich. Wir haben Bestandsprobleme. Leerstände überall geben einen schlechten Eindruck von unseren Schlagadern, die die Kommunen sind, wie wir heute gehört haben. Überalterte Bausubstanz schaut uns entgegen. Der Niedergang des Einzelhandels muss uns allen ganz besonders leidtun. Wir brauchen keinen Fortschritt mehr bei den Supermärkten und großen Einkaufshallen am Rande der Stadt. Wir brauchen Leben in den Kernbereichen der Kommunen. Wir brauchen auch eine Gewährleistung der Pflichtaufgaben. Denken Sie an die Feuerwehren. Die haben alle Personalprobleme.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege – –

Raimund Swoboda (fraktionslos): Die Vereine und die Verbände haben die auch. Deshalb brauchen wir für die Kommunen eine "Aktion Zukunft".

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege – –

Raimund Swoboda (fraktionslos): Das kann nicht eine Invasion der Windräder sein und auch nicht der Kulturverlust, der einhergeht, oder das verdichtete Bauen, das immer wieder einen Kreislauf der Investition erfordert.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, die Redezeit ist zu Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Ich komme zum Ende und sage: Der Herr Söder und der Herr Aiwanger haben mit ihrer Regierung begonnen. Sie als CSU hier im Haus, die die Regierung stützen, müssen weitermachen, damit Bayern ein starkes Bayern mit starken Kommunen bleibt.

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächstem Redner in dieser Debatte erteile ich dem Staatsminister Albert Füracker das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! So vieles haben wir gehört: Richtiges, Falsches, Unsinniges. Alles war dabei.

(Heiterkeit bei der CSU)

Eines war gut: Der Herr Adelt hat gesagt, in ihm fließt kommunales Blut, weil er seit 36 Jahren Kommunalpolitiker sei.

(Hans Herold (CSU): Ich auch!)

Der bayerische Finanzminister bringt es leider erst auf 29,8 Jahre.

(Klaus Adelt (SPD): Macht nichts!)

Aber ich habe auch schon ein bisschen kommunales Blut. Also, nicht so schlecht.

Die Kommunen sind die wichtigste staatliche Einheit. Selbstverwaltung der Kommunen heißt auch Selbstverantwortung. Auch das möchte ich sagen. Es soll möglichst viel vor Ort entschieden werden – das haben wir immer wieder gehört –, aber nur dann, wenn es angenehm ist. Wenn es unangenehm ist, soll man es lieber nicht vor Ort entscheiden. Selbst bei dem, was man vor Ort entschieden hat, spricht man dann so, als hätten das die im Landtag oder im Finanzministerium beschlossen. Da gibt es Redner, die behaupten, wir hätten beschlossen, dass irgendjemand Supermärkte auf die grüne Wiese bauen muss oder große Logistikzentren bauen muss. – Das ist alles kommunale Selbstverwaltung. Die Kommunen machen die Bebauungspläne, nicht das bayerische Finanzministerium, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Da gibt es Redner, die sagen: Eigentum verpflichtet. – Der Herr ist von den GRÜNEN, die öffentlich Eigentum infrage stellen; wenn es ihnen nicht passt, enteignen sie schnell mal. Es ist Eigentum, das verpflichtet.

(Zuruf der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

Eigentum, meine Damen und Herren, verpflichtet natürlich auch die Kommunen. Die Kommunen haben viel Eigentum, und sie sind verpflichtet, ihr Eigentum zu unterhalten, Beispiel: kommunale Straßen. Die sind Eigentum der Kommunen. In Bayern geben wir für das Eigentum der Kommunen freiwillig 700 Millionen Euro, Gelder des Freistaats Bayern, zum Bau und Unterhalt der kommunalen Straßen. Bei unseren eigenen Straßen, die wir in Bayern verwalten dürfen, den Staatsstraßen, haben wir Baupmittel in Höhe von 350 Millionen Euro. Merken Sie etwas? – Wir nehmen 350 Millionen Euro, den Kommunen geben wir 700 Millionen Euro. Und dann darf ich mir hier anhören, das seien Almosen für die Kommunen. Ach, Herr Becher, ich weiß nicht, wie lange Sie dieses Geschäft noch machen wollen.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Johannes Becher (GRÜNE): Wie viele Kilometer Straßen haben wir denn?)

Kinderbetreuung ist in Bayern Pflichtaufgabe der Kommunen. Wer fördert alle Jahre mit Milliardenbeträgen? – Der Freistaat Bayern. Sachaufwandsträgerschaft für Schulen: Verpflichtung der Kommunen. Wer fördert? – Der Freistaat Bayern. Ich kann die Mittel alle nennen. Infrastruktur der Kommunen, alles, was wir gehört haben: Abwasserbereich, Wasserbereich. Wer fördert? – Der Freistaat Bayern. Das sind Pflichtaufgaben der Kommunen, die diese Dinge laut unseren Gesetzen selbst zu gestalten haben. Deswegen möchte ich meinen, dass wir uns darüber nicht zu unterhalten brauchen.

Das geht noch weiter. Wir unterstützen die Kommunen beim kommunalen Finanzausgleich in signifikanter Höhe. Als ich hier im Finanzministerium im Jahr 2013 ankam, waren das 7,8 Milliarden Euro, das Jahr darauf 8,0 Milliarden Euro, dann 8,3 Milliarden Euro, dann 8,56 Milliarden Euro, dann 8,9 Milliarden Euro, dann 9,53 Milliarden Euro. Jetzt sind wir bei 9,97 Milliarden Euro. Nächste Woche sind wir, wenn alles richtig ausgeht, bei über 10 Milliarden Euro.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Und da will mir jemand etwas erklären, der aufgrund seines Alters natürlich gar nicht die Chance hatte, das alles nachzuvollziehen. Das verstehe ich auch.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber bleiben Sie trotzdem wenigstens bei der sachlichen Richtigkeit!

(Johannes Becher (GRÜNE): Ich bin auch schon zwölf Jahre im Stadtrat!)

– Wenn Sie das schon zwölf Jahre lang machen, wundert es mich, dass Sie die Sachlage so umdrehen. – Deswegen, meine Damen und Herren, brauchen wir uns da

überhaupt nicht belehren zu lassen, was wir in Bayern zu tun haben. Niemand unterstützt die Kommunen so intensiv, wie der Freistaat Bayern das macht. Die bayerischen Kommunen liegen mit Abstand an der Spitze.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Schauen Sie: Die Bundesländer, in denen Sie regieren, haben jetzt auf Bundesebene versucht, möglichst viel Geld für die Entschuldung ihrer Kommunen zu bekommen. Das müssen sie auch, weil zum Beispiel in Ländern wie Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland – –

(Zurufe)

– Jetzt hören Sie mal! Die haben ihre Kredite nicht in den letzten drei Jahren aufgenommen. So ist es auch wieder nicht.

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Hören Sie halt zu! Ich nenne Ihnen die Höhe der Kassenkredite der bayerischen Kommunen: 1,7 % der Kredite bayerischer Kommunen sind Kassenkredite.

Nordrhein-Westfalen: 43 %, Rheinland-Pfalz: 47 %, Saarland: 53 %! – Meine Damen und Herren, dass man dort von kommunalem Notstand sprechen kann, verstehe ich. Dass man einen solchen in Bayern erklären will, kann niemand verstehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Und es hört nicht auf: Zu den 10 Milliarden Euro, die in der nächsten Woche voraussichtlich kommen, kommen ab nächstem Jahr über 800 Millionen Euro erhöhte Gewerbesteuerumlage, die die Kommunen nicht mehr an den Freistaat Bayern zahlen müssen.

Wir fördern in unserem kommunalen Finanzausgleich tatsächlich – das wird immer verwechselt, lieber Alexander Muthmann – viel besser als andere Bundesländer. Wir

haben nämlich vier Steuerverbünde in Bayern. Das weißt du als ehemaliger Landrat! Wenn ich die vier Steuerverbünde plus Landesmittel im Finanzausgleich addiere, komme ich locker auf die 25 %, die dauernd angemahnt werden. Das wird durch ständige Falschbehauptung nicht richtiger. Deswegen brauchen wir uns auch bei den Verbundsätzen vor überhaupt niemanden zu verstecken und müssen uns von überhaupt niemandem belehren lassen. Auch hier gilt: Nirgendwo ist man so großzügig wie in Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Staat Bayern hat sich in den letzten Jahren um 5,6 Milliarden Euro entschuldet. Die bayerischen Kommunen haben sich auch signifikant entschuldet. Wir haben sie mit 775 Millionen Euro unterstützt. So viel haben wir in den letzten Jahren an Stabilisierungshilfen und Bedarfszuweisungen gezahlt. Das hat nichts damit zu tun, dass die Kommunen in Oberfranken aktuell so strukturschwach wären, sondern dass die Alt-schulden, die dort entstanden waren, überhaupt nicht mehr stemmbar waren. Die Kommunen hätten nie eine Chance gehabt, wieder in die Gänge zu kommen. Deswegen haben wir unsere Kommunen entschuldet: in Oberfranken, in der Oberpfalz und in allen Regierungsbezirken, wo es schwierige kommunale Verhältnisse gab. Da haben wir nicht auf den Bund warten müssen. Das haben alles wir gemacht, und sonst niemand. Da brauchen wir keine Belehrungen.

Das geht noch weiter: Was machen wir alles freiwillig? – Breitbandausbau, beim Mobilfunk unterstützen wir die Kommunen, wir unterstützen Schwimmbäder signifikant. Die Schwimmbäder, die für das Schulschwimmen gebaut sind, haben wir immer unterstützt und immer besser unterstützt. Es geht um Freibäder, die in freiwilliger Verantwortung der Kommunen gebaut wurden. Dafür haben wir jetzt auch noch ein Förderprogramm gemacht. Da ist es doch nur recht und billig, wenn der Finanzminister sagt: Liebe Kommunen, baut doch mal miteinander Freibäder! Diese Last kann nicht eine Kommune für sieben oder acht Kommunen tragen, sondern überlegt euch, zusammen

ein gemeinsames Freibad zu bauen! – Dann hat man einen modernen Standort und kann das zusammen schultern.

Ich bin überhaupt der Meinung, dass die Rezepte von morgen kommunale Zusammenarbeit und interkommunale Zusammenarbeit sein müssen. Nicht mehr jede Gemeinde braucht einen Feuerwehrschauchturn. Das kann man doch auch miteinander machen, meine Damen und Herren. Man muss doch nicht immer nur schreien: mehr Geld, mehr Geld, mehr Geld!

(Beifall bei der CSU)

Niemand braucht sich Sorgen zu machen. Wir kommen gut voran. Ich sage Ihnen: Es gibt kein Bundesland, in dem die Infrastruktur vonseiten des Staates so gut unterstützt wird. Sie nannten die RZWas, Herr Adelt. Nirgendwo gibt es dafür mehr Geld als in Bayern. Die Schwimmbäder habe ich genannt. Ich sage noch einmal: Breitbandausbau. Auch das ist ein Thema. Wir sorgen dafür, dass die digitale Schule überhaupt funktioniert. Im Übrigen, für die digitale Schule in Bayern gibt es eine Milliarde Euro in den nächsten Jahren – eine Milliarde Euro! – mit denen wir die Sachaufwandsträger unterstützen. Anstatt zu sagen, Herr Becher, dass wir das tun, kritisieren Sie, dass der Staat nicht die Computer repariert. Ja, wer repariert denn jetzt, wenn in der Schule irgendetwas kaputtgeht?

(Johannes Becher (GRÜNE): Die Lehrer!)

Muss da auch der Staat kommen? – Wenn die Schultafel kaputt ist, wenn die Heizungsanlage nicht funktioniert oder die Fensterscheibe kaputt ist, dann ist der Sachaufwandsträger für den Unterhalt der Schule zuständig.

(Johannes Becher (GRÜNE): Das ist Wahnsinn, das machen die Lehrer!)

Wir geben eine Milliarde Euro dazu, eine Milliarde für digitale Schulen, das ist doch sensationell.

(Beifall bei der CSU)

Wir machen Städtebauförderung, innen vor außen, Dorferneuerung, innen vor außen. Die Kommune entscheidet nur, wie sie es umsetzen will. Ich weise darauf hin: 910 Millionen Euro für die Städtebauförderung im Doppelhaushalt, 150 Millionen Euro pro Jahr für die Wohnraumförderung, bis 2025 wieder eine Milliarde, Straßenausbaupauschalen. Das muss man sich doch einmal auf der Zunge zergehen lassen. Das sind Gelder für rein kommunale Aufgaben. Nachdem die Kommunen in den letzten Jahren rund 60 Millionen Euro von ihren Bürgerinnen und Bürgern vereinnahmt haben, geben wir in Zukunft pauschal 150 Millionen Euro an alle Kommunen, und Sie stellen sich hierher und sprechen von Almosen. Irgendwie weiß ich nicht, warum Sie in zwölf Jahren Kommunalpolitik diese Dinge nicht erfasst haben. Ich bedaure Sie, das sage ich ganz ehrlich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Johannes Becher (GRÜNE):
So viel Wertschätzung!)

Wir geben für den kommunalen Hochbau 550 Millionen Euro aus, eine Rekordsumme. Wir haben die letzten Jahre erlebt, dass trotz höchster Steuereinnahmen der Kommunen wir, der Staat, zusätzlich immer mehr Geld gegeben haben. Deshalb, meine Damen und Herren, ist man nirgendwo in einer glücklicheren Situation, wenn man Bürgermeister oder Landrat ist, als in Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLER – Hans Herold (CSU): Bravo!
Das stimmt!)

Ja, das ist für unsere Kommunen eine Spitzenleistung.

Gerade habe ich gehört, wie schwer das alles wäre und dass die Menschen nicht in Bayern leben wollen. Frau Sengl, die kommen alle nach Bayern. Alle kommen nach Bayern, weil die bayerische Heimat die schönste Heimat ist.

Am Schluss darf ich noch sagen: In der Vielzahl der Kommunen in Bayern – wir haben 2.056 Gemeinden – besteht die Möglichkeit, dass sich die Bürgerinnen und Bürger einbringen, dass sie ihre Heimat selbst gestalten, dass sie Kommunalpolitik machen. In Bayern ist Heimat nicht nur Kulisse, sondern aktive Beteiligungsmöglichkeit. So wird das auch bleiben, mit einer guten finanziellen Ausstattung, auch in Zukunft. Die bayerischen Kommunen sind vom Freistaat Bayern bestens unterstützt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU):

Prima! – Zurufe von der CSU: Bravo, bravo!)

Präsidentin Ilse Aigner: Die Aktuelle Stunde ist beendet. Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gebe ich noch einen kurzen Hinweis, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben seit einer gewissen Zeit eine neue Zeitanzeige; ich habe das Gefühl, nicht alle interpretieren sie richtig.

(Allgemeine Heiterkeit)

Deshalb sage ich noch einmal: Solange die Zeitanzeige weiß ist, ist es in Ordnung. Wenn sie gelb wird, sollte man langsam zum Schluss kommen – das ist dann die letzte Minute –, wenn sie dann rot wird, ist die Redezeit schon überschritten. Wer die Farben nicht erkennen kann, dem sei gesagt: Sobald die Uhr nach oben zählt und nicht nach unten, ist die Zeit abgelaufen.

(Allgemeine Heiterkeit)

So viel als kleinen Hinweis, weil regelmäßig alle die Zeit immer wieder einmal überschreiten. Deshalb scheint mir, das wird noch missinterpretiert. Ich bitte, das in der nächsten Zeit zu beachten.